Nummer 9 · 36. Jahrgang Nürnberg, 1. März 1922.

Schuhmacher-Fachblatt

Organ des Zentralverbandes der Schuhmacher Deutschlands
und Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Schuhmacher und verwandten Berufsgenossen

Erscheint Mittwochs. — Redaktionsschluß: Sonntag. Bezugspreis vierteljährlich 4.— Mark durch die Post. Direkter Versand per Kreuzband 5.— Mark.

Für den Inhalt verantwortlich: Otto Trefflich, Nürnberg. — Telephon 408. Versandstelle und Redaktion: Nürnberg 10, Bayreuther Straße 46. Zahlungen: Postscheckkonto 23989, Expedition „Schuhmacher-Fachblatt“ Nürnberg.

Anzeigenpreis 1.— Mark die einspaltige Petitzeile. (Nichtberufliches ausgeschlossen). Stellenvermittlungsanzeigen: Für Mitglieder 50 Pfennig.

Inhaltsverzeichnis: Die Weltwirtschaftslage und die deutsche Volkswirtschaft. — Zweiter Betriebsrätekongreß der Schuhindustrie. — Ein Programm für die gewerkschaftliche Jugendarbeit. — Gewerkschaftliche Jugendkartelle. — Zum neuen Reichstarifvertrag. — Aus dem Jahresbericht der Zahlstelle Berlin. — Aus den Zahlstellen und Bezirken. — Verbandsnachrichten. — Bekanntmachungen der Ortsverwaltungen. — Versammlungskalender. — Briefkasten. — Literarisches.

Die Weltwirtschaftslage und die deutsche Volkswirtschaft.

Mit diesem wichtigen Thema hatte sich der Zweite Betriebsrätekongreß der Schuhindustrie, über den an anderer Stelle des Blattes berichtet wird, zu beschäftigen. Der Referent, Genosse Dr. Einstein-Stuttgart, führte in seinem Referat etwa folgendes aus:

Der Gedanke des kapitalistischen Machtstrebens hatte zum Weltkrieg geführt. Die Folge des Weltkriegs ist in allen Staaten die völlige Erschöpfung der Volkswirtschaft. Einer kurzen Periode des scheinbaren Wiederaufbaues folgte die jetzige schwere Krise der Weltwirtschaft, aus der es keinen Ausweg gibt. Diese Krise findet ihren Ausdruck in den zerrütteten Währungsverhältnissen. Valutaarme Länder sind nicht mehr kaufkräftig, valutastarke Länder finden keinen Absatz für ihre Waren. Das äußert sich in einem außerordentlichen Güterbedarf auf der einen und in einem ungeheuren Warenvorrat auf der anderen Seite. Der Gegensatz zwischen den Währungsverhältnissen der Staaten zeitigte ein Durcheinander, so daß, wie einmal beim Turmbau zu Babel die Sprachen, heute die verschiedenen Währungen sich untereinander nicht mehr verstehen. Man hat sich früher den militärischen Sieg als Eroberungs- und Expansionszug vorgestellt, der den besiegten Staat allein zu Boden drückt und ihn in seiner Arbeitstätigkeit hindert. Etwas anderes ist eingetreten. Die Siegerländer leiden unter der Währungskrise viel stärker, als die besiegten Länder. Jede Bewegung der deutschen Mark bedeutet eine Erschütterung in der Wirtschaft der Siegerstaaten; die Konkurrenz der valutaschwachen Länder wird den valutastarken Ländern immer fühlbarer. Sogar die amerikanische Handelsflotte liegt brach und zwar wegen des hohen Preises der amerikanischen Frachten. Es ist so weit gekommen, daß selbst auf rein amerikanischen Linien das Dumping der deutschen Frachten Amerika ausschaltet. Auf der Linie Mexiko—Kuba fahren beispielsweise heute Schiffe deutscher Schiffahrtsgesellschaften (Stinnes). Die Verbindung zwischen Mexiko—Kuba kommt heute teurer zu stehen, als die zwischen Hamburg und Kuba. Darin zeigt sich die ganze Unsinnigkeit der finanziellen Zusammenhänge, die aber auch durch einen Schutzzoll nicht aufgehoben werden kann.

Der niedrige Stand des deutschen Geldes hat in der Welt einen unheilvollen Einfluß ausgeübt. Die ungeheure Arbeitslosigkeit in England hat aber auch noch andere, tiefere Gründe. Die Weltkriegsbedürfnisse Englands hatten dazu geführt, die englischen Kolonien zu industrialisieren. Dadurch hat sich z. B. Neu-Südwales und auch Indien in gewissem Grade unabhängig gemacht. Die Eisenindustrie und auch zum Teil der Kohlenmarkt kann ohne englisches Kapital auskommen und ist nicht mehr auf das Mutterland angewiesen. Das Kapital muß sich auf der Welt nach neuen Märkten umsehen. Da die Welt aber bereits vergeben ist, sind neue große weltwirtschaftliche Verwicklungen im Entstehen. Die deutsche Volkswirtschaft leidet an Rohstoffmangel. Die Rohstoffe sind am Weltmarkte aber für Deutschland fast unbezahlbar. Deswegen sucht man durch enge Fusionen die eigene Position zu verstärken. Die deutsche Schwereisenindustrie hat in Argentinien und Brasilien Erzbecken aufgekauft. Jetzt wird bekannt, daß der französische große Konzern „Arbeed“ sich ebenfalls mit einem solchen Plane abgibt. Damit wird der englische Kapitalismus vor neue vollendete Tatsachen gestellt. Die Abrüstungskonferenz in Washington war nicht lediglich eine friedensliebende Zusammenkunft der Mächte, um Bedingungen zu schaffen gegen den Krieg. Das wäre für ihr Stattfinden nur ein ungenügender Erklärungsversuch. Neue Verwicklungen und Unklarheiten weltwirtschaftlicher Art liegen dieser Konferenz zugrunde. Im Osten kämpft Japan und Amerika gegenseitig um den chinesischen Absatzmarkt, denn Amerika braucht dringend neue Absatzmärkte. Der kapitalistische Kampf um Rohstoffgebiete, um Absatzmärkte, das Auseinanderstreben der Valuten hat zur Folge, daß sich überall neue Verwicklungen vorbereiten. Das sind Dinge, bei denen die Arbeiterschaft nicht achtlos zusehen darf, sondern wobei sie international eingreifen und eine entscheidende Rolle spielen muß.

Soll die Welt wieder gesunden, müssen alle Produktivkräfte entfaltet werden. Das wird aber durch das kapitalistische Profitstreben verhindert. Ganze Länder liegen brach, weil die kapitalistische Auswertung der Sachlage den Wiederaufbau der Wirtschaft verhindert. Der Krieg brachte zuerst überall eine Preisaufblähung, dann aber stürzte die Valutakrise alle Verhältnisse um. Während in Westeuropa die Preise wieder zurückgingen, dauerte in Deutschland die Preissteigerung an. Die Lebensmittelpreise sind in England um 50 Prozent zurückgegangen, in Deutschland steigt alles weiter im Preise. Wird diese Preissteigerung auf die Spitze getrieben, so wird der Zeitpunkt kommen, daß deutsche Ware ebenfalls keinen Absatz mehr findet und auch in Deutschland die Arbeitslosigkeit einsetzt. Der Sturz der deutschen Mark bedeutete für England den Verlust seiner Absatzmärkte. Stand die Arbeitslosenziffer der englischen Fachverbände am Anfang 1921 erst auf 6,9 Prozent, so war sie bereits am Jahresschluß 1921 auf 16,0 Prozent gestiegen. In Deutschland dagegen fiel die Arbeitslosigkeit von 4,5 auf 1,4 Prozent. Die Gesamtproduktion Europas hat sich nicht erholen können; sie weist überall einen bedeutenden Rückgang auf. Die Ausfuhrmengen sind gegenüber der Vorkriegszeit zurückgegangen in England auf 7? Prozent, in Frankreich auf 56 Prozent. Deutschland selbst führt jetzt nur ein Viertel der Vorkriegsprodukte aus. Das Sinken der Weltmarktspreise im vergangenen Jahre hat die Situation verschärft. Die kapitalistische Wirtschaft aber weiß keinen Ausweg, denn sie folgt nur dem Streben nach Profit und treibt keine Politik auf weite Sicht. Die schweren Verwicklungen ruhen wuchtend auf der Arbeiterklasse. In der Schweiz ist die Arbeitslosigkeit so stark, daß sie bereits ein Siebentel der Kopfzahl ausmacht. Gerade auch die Schuhindustrie ist entsetzlich davon betroffen. Die Firma Bally hat empfindliche Arbeitseinschränkungen vorgenommen; Schuhfabriken in Brittnau und in Kreuzlingen sind bereits geschäftlich zusammengebrochen. So hat die hohe schweizerische Währung und die niedrige deutsche Mark gewirkt. Auch in Italien, beispielsweise in Piemont, ist die Schuhindustrie auf etwa 70 Prozent zusammengeschrumpft.

Zur Wiederaufrichtung einer geordneten Weltwirtschaft müssen wir verlangen, daß die Wiedergutmachungen durch Deutschland nicht durch Barleistungen vor sich gehen, weil dadurch der Sturz der Mark noch gefördert würde. Ebenfalls muß der Papiergeldwirtschaft im Lande Einhalt geboten werden, weil auch diese bewirkt, daß das Vertrauen in die deutsche Mark sinkt. Zu verlangen ist ferner als dringendstes Erfordernis der Zeit die Stabilisierung der Währungsverhältnisse. Das ist nicht leicht und von den Vorschlägen des englischen Politikers Keynes sind wir noch sehr entfernt. Auf dem Gebiete der Wohnungstheorie herrscht ein wirres Chaos. Jeder Tag zeitigt neue Vorschläge. Soviel aber steht fest, daß Deutschland die schweren Lasten wie bisher nicht tragen kann. Eine internationale Kredithilfe für Deutschland wäre die logische Folgerung, sie wird aber vereitelt, solange man die weltwirtschaftlichen Notwendigkeiten vorübergehenden Profitmöglichkeiten unterordnet. Auch die Sachleistungen von seiten Deutschlands anstatt Barleistungen bilden noch nicht die letzte Klärung, solange man dabei den Meistverdienst im Sinne hat. Die Gegnerschaft Stinnes gegen die Sachleistungen hat nicht nur einen politischen Hintergrund; auch hier ist der Gesichtspunkt mit entscheidend, welcher Industriegruppe der eigentliche Profit zufallen soll.

Im Jahre 1921 war die Wirtschaft bestimmt von dem Auf und Nieder der Valuta. Zum größten Unglück der Volkswirtschaft wurden bisher fernstehende Kreise vom Spekulationstaumel fortgerissen. Das Mißverhältnis zwischen Mark und Dollar erreichte am 8. November seinen Höhepunkt, als der Dollar mit 310 Mark bewertet wurde. Mit dem Sinken des Vertrauens zur deutschen Mark im Auslande setzte auch im Inlande die Flucht vor der Mark ein. Man suchte alle Barvorräte möglichst schnell abzustoßen. Das Anbieten der Mark an den deutschen Börsen hatte einen weiteren Marksturz zur Folge. Die Wirkung auf die Lebenshaltung der Arbeiter und die Festbesoldeten ist auf dem Fuße gefolgt. Die Geldentwertung macht sich als die krasseste indirekte Steuer bei den Massen bemerkbar, denn nur im mühsamen Kampfe können die Löhne wieder hinaufgebracht werden.

Die Finanzlage des Reiches befindet sich in trostloser Verfassung. Hatte das Reich 1914 an fester und schwebender Schuld rund 5,5 Milliarden Mark aufzuweisen, so ist diese Schuldenlast 1921 auf rund 336 Milliarden gestiegen. Darin sind die Verpflichtungen an die Entente noch nicht enthalten. Diese Schuldenwirtschaft ist aber nicht etwa eine Folge der Erfüllungspolitik, sondern sie ist die Folge der Kriegs- und Pumpwirtschaft. England, welches eine Schuldenlast von etwa acht Milliarden Pfund Sterling aufweist, hat schon während des Krieges den Besitz stark zur Steuer herangezogen, während die deutsche Regierung damals verantwortungslos wirtschaftete. Die Golddeckung des deutschen Papiergeldes beträgt jetzt nur noch 0,9 Prozent, in Amerika dagegen sind die Schulden mit 126 Prozent in Gold gedeckt. Schweden hat sich sogar im Kriege gegen den übermäßigen Goldsegen durch Verweigerung der Goldaufnahme schützen müssen.

Geht es heute dem deutschen Staate sehr schlecht, so geht es doch dem Privatkapital sehr gut. Im Jahre 1913 waren 12 756 Konkurse zu verzeichnen, 1921 dagegen nur 3100. Es gibt jetzt in Deutschland 50 Prozent mehr selbständige Betriebe als vor dem Kriege. Die Gründertätigkeit, wie wir sie nach 1871 hatten, hat sich wiederholt. Eine volkswirtschaftliche Notwendigkeit für diese Entwicklung ist aber nicht einzusehen. Selbst die Kapitalserhöhungen der Aktiengesellschaften in dem vorgenommenen Umfange lassen sich mit der Zunahme des Kapitalbedarfs allein nicht rechtfertigen. 1921 wurde das Betriebskapital der Aktiengesellschaften allein um 20 Milliarden Mark erhöht. Die neugegründeten Aktiengesellschaften repräsentieren ein Kapital von 12 Milliarden Mark. Das sind aber nur die Nennbeträge; die effektiv eingezahlten Kapitalien erreichen weit höhere Summen.

Nun hat der Vertreter einer großen deutschen Industrieunternehmung, Herr Felix Deutsch, kürzlich an Hand einer Berechnung behauptet, daß der Betriebsgewinn der Unternehmer nur etwa ein Drittel der Vorkriegszeit betrage. Solche Berechnungen, wobei der Anteil des Kapitals lediglich aus der Dividende errechnet wird, sind aber unrichtig und irreführend. Man vergißt bei solchen Berechnungen gewöhnlich die Sondervergünstigungen, Bezugsrechte, Gratisaktien und Börsengewinne in Rechnung zu stellen. Im übrigen sind bei Deutsch die Aktienunternehmungen, von denen die Unterlagen stammen, nicht aufgeführt, so daß eine kritische Nachprüfung nicht möglich ist. Die Begebung der neuen Aktien sichert dem Kapitalisten außer der Dividende enorme Riesengewinne, wie u. a. das Beispiel der Aktiengesellschaft Adler & Oppenheimer beweist. Diese Gesellschaft erhöhte im Juli 1921 ihr Kapital auf 60 Millionen und neuerdings auf 100 Millionen Mark. Die bisherigen Aktionäre erhielten zwei junge Aktien zum Begebungskurse von 150. Vier neue Aktien (zu je 1000 Mark) mußten demnach mit 6000 Mark bezahlt werden. Da der mittlere Kurs der Aktien dieses Unternehmens auf 1450 (pro 100 Mark Nennwert) stand, so war Gelegenheit geboten, die vier Aktien, die man soeben für 6000 Mark kaufte, wieder mindestens für 58 000 Mark abzustoßen. Derartige Gewinnmöglichkeiten der Unternehmer werden aber wohlweislich verschwiegen.

Neuerdings geht man dazu über, die Direktoren der Aktiengesellschaften immer mehr zu Kapitalbesitzern zu machen um sie an den Gewinnen zu interessieren. Man versucht weiter dieses Geschäftsinteresse auch den Arbeitern schmackhaft zu machen durch Gewinnbeteiligung, neuerdings durch die Kleinaktie. Bei der Firma Krupp stieß diese Idee mit Recht auf den schärfsten Widerstand der Arbeiterschaft. Bezeichnenderweise ist diese „Arbeiterkleinaktie“ nicht wie die anderen als Börsenpapier gedacht; sie soll unverkäuflich sein und höchstens 7 bis 10 Prozent Dividende bringen. Es besteht also der Unterschied, daß bei einem solchen System der Arbeiter in ungünstiger Zeit höchstens in der Lage ist, die Aktie der Treuhandgesellschaft zurückzugeben. Für den Kapitalisten aber besteht bei den meisten Gesellschaften die Möglichkeit, die Aktien zur günstigen Zeit mit Gewinn abstoßen zu können. Bemerkenswerterweise hat man bereits auch in der „Schuhfabrikanten-Zeitung“ für die Idee der Kleinaktie Stimmung gemacht. Die Idee muß aufs schärfste zurückgewiesen werden, weil sie keine Rettung zu bringen vermag.

Je kranker der Staatskörper geworden ist, um so gesünder ist die Privatwirtschaft. Die deutsche Steuergesetzgebung war den wirtschaftlichen Erscheinungen nicht gewachsen. Beim Auftauchen von neuen Steuerplänen hat immer die Flucht vor der Mark eingesetzt. So haben wir die letzte Effektenhausse und dann die Warenhausse erlebt. Der Staat hat es aber unterlassen, zur rechten Zeit an der rechten Stelle zuzugreifen. Er hat beim Anwachsen der Gewinne diese nicht eingezogen und ist so im Finanzelend stecken geblieben, während sich die Wirtschaft gesund gemacht hat. „Erfassung der Sachwerte“ ist alles andere als ein nicht zu Ende gedachtes Schlagwort. Die Besteuerung der Gewinne durch Erfassung der Sachwerte ist eine Lebensfrage der deutschen Staats- und Volkswirtschaft und der deutschen Währung. Nur so kann die Stillegung der Notenpresse erreicht werden, von der alles abhängt. Das Mißverhältnis zwischen Golddeckung und Papierbestand muß korrigiert werden. Nur die Sachwerte, die ihren Goldwert behalten haben, gewähren die einzige Möglichkeit für den Staat, sich an den Unternehmungen und an den Gewinnen zu beteiligen. Die jetzt in Aussicht genommene Zwangsanleihe ist nicht imstande, die Reichsfinanzen auch nur vorübergehend ins Gleichgewicht zu bringen.

Angesichts der Untätigkeit des Staates in bezug auf Einziehung der Uebergewinne sind letztere dem Kapitalismus zugute gekommen. Sie wurden wiederum angelegt innerhalb der Industrie. Die Kapitalskonzentration schreitet so riesig vorwärts, daß in absehbarer Zeit alles nur noch einen Riesenkonzern bilden wird. Da sich die Preise bei denjenigen Unternehmungen bilden, die unter den schlechtesten Bedingungen wirtschaften, ist auch in der Großindustrie der Lederbranche ungeheures Neukapital entstanden, welches wiederum nach Mehrwert schreit. Auch hier wird neben der vertikalen Vertrustung die horizontale Vertrustung einsetzen. Z. B. ist Stinnes bereits bei der Einbeziehung der Lohgerberei angelangt; in Rumänien nimmt er bereits in der Schuhindustrie eine beherrschende Stellung ein. Auch in der deutschen Lederindustrie geht die Konzentration vor sich. Es betrugen im Jahre 1921 in dieser Industrie die Kapitalserhöhungen etwa 500 Millionen Mark, die Neugründungen repräsentieren die Summe von 200 Millionen. Zum Teil arbeitet hier auch bereits ausländisches Kapital mit. Wie verlautet, sind die Lederwerke Renner in Hamburg und die Werke der Gebrüder Müller in Benrath in belgische Hände übergegangen. Das Wort vom kranken Staat und von der gesunden Wirtschaft wird treffend gekennzeichnet durch die Tatsache, daß das konzentrierte Kapital immer mehr versucht, seine Hände nach dem öffentlichen Besitz auszustrecken. Die Pläne, die Reichseisenbahnen als Staatsglieder zu amputieren, zeigen, was auf dem Spiele steht.

Die Arbeiterschaft würde unter dieser einseitigen Kapitalistenwirtschaft in allen Stücken die Leidtragende sein. Das ist die Frage, mit der sich die Arbeiterschaft zurzeit ernsthaft auseinandersetzen muß. Die Erfassung der Sachwerte, die Beteiligung des Reichs an den Produktionsmitteln bilden, richtig betrachtet, den einzigen Weg zur Sanierung des Staates und der Volkswirtschaft, die Herrschaft des Kapitalismus aber bedeutet Ausbeutung, Unterdrückung, Rückschritt. Will die Arbeiterschaft nicht unterliegen, dann muß sie sich fest diszipliniert großen und weitausschauenden Parolen ihrer Spitzenorganisationen unterstellen. Die 10 Punkte des ADGB. sind steuertechnisch wie auch produktionstechnisch das Mindestmaß, welches gegen die Reaktion durchgesetzt werden muß. Entschlossenste Kampfkraft, verbunden mit kritisch nüchternem Verstand, wird aufgebracht werden müssen, um die 10 Forderungen der Gewerkschaften Wirklichkeit werden zu lassen. Diese Forderungen dürfen nicht nur ein schönes Bild bleiben, sondern es muß mit aller Energie um sie gekämpft werden. In diesem Kampfe können die Betriebsräte, ausgerüstet mit der Kenntnis der ökonomischen Bedingungen der Betriebe und der weltwirtschaftlichen Zusammenhänge, erfüllt von der Notwendigkeit, die Interessen der Arbeiterschaft zu wahren, mit Entschiedenheit eingreifen. Das Verhältnis zwischen der Vorherrschaft von Staat und Kapitalismus ist auf die Spitze getrieben. Daß die Entscheidung zugunsten der Arbeiter ausfällt, dafür haben sich die Betriebsräte ganz besonders einzusetzen. (Lebhafter Beifall.)

Die Diskussion

eröffnete Kollege Beuthan-Weißenfels. Er bemängelte, daß die wirtschaftliche Entwicklungsmöglichkeit in den östlichen Ländern im Referat nicht genügend Berücksichtigung gefunden habe. Den Aeußerungen der östlichen Praktiker würde zu wenig Interesse entgegengebracht, von der kapitalistischen Wissenschaft war allerdings nichts anderes zu erwarten. Deutscherseits ist nicht der Versuch gemacht worden, sich mit den Rohstoffquellen Rußlands zu beschäftigen. Dies blieb England vorbehalten. Die Sachwerterfassung muß in den Mittelpunkt gestellt werden, der ADGB. ist aber bereits von den 10 Punkten abgewichen. Vogel-Nürnberg machte Mitteilung, daß verschiedene Unternehmer die Angestellten von den Arbeitern trennen wollen, indem sie den ersteren Kleinaktien

anbieten. Mittwich-Stuttgart wünscht Aufschluß über die sozialen Wirkungen der Kapitalskonzentration. Auffällig sind die gewaltigen Kapitalsinvestitionen in der Schuh- und Lederindustrie. Der kapitalistische Vereinigungsprozeß sollte die Arbeiter lehren, sich ebenfalls fester zusammenzuschließen. Es ist ein Fehler, daß die lederverarbeitenden Berufe noch nicht soweit sind, gemeinsam einen solchen Kongreß abzuhalten. Die Aufklärung auf dem Gebiete der Wirtschaftskunde läßt noch zu wünschen übrig. Man sollte von Verbands wegen Leute als Berater anstellen, die diese Dinge beherrschen. Um zur Durchführung der 10 Forderungen zu gelangen, genügt agitatorische Arbeit nicht; der ADGB. muß die ganze Macht der Arbeiterschaft in die Waagschale werfen. Kollege Simon-Nürnberg bemerkt, daß es nicht Schuld unseres Verbandes sei, daß nicht ein allgemeiner Betriebsrätekongreß für die Lederindustrie zustande kam, da die übrigen Verbände sich bisher ablehnend verhalten hätten. Kollege Schüffler-Erfurt bedauert, daß die Arbeiterschaft sich zersplittert, während der Kapitalismus sich zur höchsten Entfaltung entwickelt. Das Verhalten gewisser Vertreter der freien Gewerkschaften beim Eisenbahnerstreik sei nicht einigkeitsfördernd gewesen. In solchen Situationen brauchen wir die Einheitsfront. Simon-Nürnberg bemerkt, die Art, wie der Eisenbahnerstreik von der Reichsgewerkschaft inszeniert worden ist, konnte von den Gewerkschaften nicht gebilligt werden. Eine Aktion von solcher Bedeutung durfte nur im Einverständnis und unter Mitwirkung der übrigen Organisationen geschehen. Als aber im Streik an die Grundrechte der Arbeiter Hand angelegt wurde, als man die Streikgelder beschlagnahmte, die Führer verhaftete usw., da durfte es auch für die Gewerkschaften keine Bedenken mehr geben, sich restlos hinter die Streikenden zu stellen.

In seinem Schlußwort ging der Referent zunächst auf die russische Frage ein. Die deutsche Wirtschaft hat in ihrer eigenen Bedrängnis der russischen nicht helfen können. Die russische Praxis hat die ökonomischen Tatsachen nicht genügend eingeschätzt. Das russische Beispiel basiert auf einer doktrinären Wirtschaftseinteilung, es bedeutet die Aufpfropfung des Marxismus auf einen agrarischen Stamm. Rußland ist in der Entwicklung 200 Jahre hinter Deutschland zurück. Sowjetrußlands wirtschaftliche Politik war verfehlt, weil sie sich nicht auf die Welt eingestellt hat. Daß Deutschland einen Fehler machte, indem es nicht frühzeitig mit Rußland in Handelsbeziehungen trat, steht fest. England wurde dazu getrieben, weil ihm das Wasser am Halse steht. Das englische Zutrauen zu Rußland ist gewachsen, weil man den Bolschewismus nicht mehr fürchtet. In Deutschland wird sich die Arbeiterschaft trotz aller Gegensätzlichkeiten immer mehr mit dem Staate identifizieren müssen. Ueber die antistaatliche Politik des Privatkapitals, die sogar den Besitz des Staates an das Ausland verschachern möchte, muß die Arbeiterschaft einmal sehr tief nachdenken.

Die Politik des Herrn Stinnes wird von selbst zu einer klaren Gewerkschaftspolitik führen. Die engstirnige Abschließung in einzelnen Gewerkschaftsgruppen wird einer großzügigeren Gewerkschaftsorganisation weichen müssen.

Es geht nicht an, daß kleine Grüppchen und Ortsleitungen Politik auf eigene Faust machen. Die Arbeiterklasse kann nur siegen im Zeichen der Organisation. Wir brauchen eine weitsichtige Politik der Spitzenleitungen, aber die Leitung muß auch auf die Arbeiter bauen können. Das einseitige Geschimpfe auf die Spitzenverbände ist von Uebel. Man muß sich an die Parolen der Spitzenleitungen halten, wenn sie auch manchmal in Einzelheiten nicht befriedigen. Nur so wird man sich vor der Oeffentlichkeit Beachtung abringen. Die Arbeiterschaft muß an sich selber arbeiten, sie muß sich Waffen schmieden. Sie muß die Stellung des Gegners kennen lernen, sie muß gefeit sein gegen Parteivorurteile, sie muß sich über ihre letzten Ziele klar sein, dann wird sie auch ihren Kampf mit Erfolg durchfechten können. (Lebhafter Beifall.)

Am Schlusse fand folgende Resolution einstimmige Annahme:

„Die Sanierung des Staatshaushalts erweist sich als immer dringendere Notwendigkeit. Das ist nur möglich durch die Stillegung der Notenpresse, deren Tätigkeit sich als eine scharfe indirekte Steuer auswirkt. Immer mehr erweist sich die Erfassung der Sachwerte als unerläßlich, d. h. die Beteiligung des Reiches an den Produktionsmitteln.

Der Betriebsrätekongreß der Schuhindustrie stellt sich mit allem Nachdruck hinter die 10 Forderungen des ADGB. und des AfA-Bundes und fordert die Spitzenverbände auf, mit allen gewerkschaftlichen Mitteln für die Verwirklichung dieser unerläßlichen Forderungen einzutreten, zumal deren wirtschaftliche Durchführung durchaus möglich ist. Die Durchführung der 10 Forderungen wäre zwar noch keine Verwirklichung der sozialistischen Wirtschaft, **sie würde aber die gegenwärtige Krise vermindern.“**

Zweiter Betriebsrätekongreß der Schuhindustrie.

Der zweite Betriebsrätekongreß der Schuhindustrie, der in Leipzig im Volkshause am 17. Februar eröffnet wurde, wies 97 Teilnehmer auf. Als Gäste waren erschienen Vertreter der Betriebsrätezentrale des ADGB., ferner Vertreter der Lederarbeiter, der Sattler, der Werkmeister der Schuhindustrie, des Deutschen Werkmeisterverbandes, Sitz Düsseldorf und des AfA-Bundes.

Im Auftrag der Leipziger Kollegen begrüßte Kollege Rehrer-Leipzig den Kongreß. Dann folgte der Vorsitzende des Verbandsvorstandes, Kollege Simon-Nürnberg, der darauf hinwies, daß von Leipzig der erste Ruf unserer Vorkämpfer ausging, sich freizumachen und loszulösen von den bürgerlichen Parteien. Wie zum Wiederaufbau des Leipziger Volkshauses alle Arbeiter ohne Parteiunterschied beigetragen haben, so muß auch die Zeit kommen, daß die Arbeiter sich einmal frei machen von den inneren Kämpfen und Zersplitterungen. Der letzte Betriebsrätekongreß stand unter dem Zeichen des geschäftlichen Niederganges. Die heutige gute Beschäftigung in der Schuhindustrie erscheint ebenfalls nur als Scheinkonjunktur; sie ist nur zum Teil zurückzuführen auf das Auslandsgeschäft. Obschon die Deutschland besuchenden Ausländer starke Aufkäufe vornehmen, dürfte einmal ein starker Rückschlag eintreten, denn der geringe Verdienst der großen Massen im Inland hat ein ungeheures Zurückgehen der Kaufkraft im Gefolge. Die Anstellung der Betriebsrätesekretäre hat sich als segensreich erwiesen. Um so bedauerlicher ist es, daß an einem Orte, wo die Schuhindustrie am bedeutendsten ist, in Weißenfels, die Kurse nur schwach besucht waren. Es sei ein Fehler, zu glauben, daß man diese Schulungs- und Aufklärungsarbeit nicht mehr notwendig habe. Obschon das Betriebsrätegesetz schwere Mängel hat, muß es doch als Werkzeug benützt werden, um ein Stück vorwärts zu kommen. Wegen Kleinigkeiten soll man nie dazu übergehen, Betriebsräte abzusetzen, denn gerade der öftere Wechsel verhindert ein ordentliches Einarbeiten. Wegen kleiner Fehler, die eine Kritik nach sich ziehen, soll man in kameradschaftlicher Weise zu Gericht sitzen und nicht bei jeder Gelegenheit den Funktionären das Vertrauen absprechen. Der Kongreß hat die Aufgabe, aufklärend zu wirken, den Betriebsräten neue Waffen des Wissens in die Hand zu geben, um ihren Aufgaben besser gerecht werden zu können. Zu bedauern ist, daß im ganzen nur eine einzige Kollegin als Delegierte gewählt wurde; das sollte anders werden.

Es ist mir eine besondere Freude, Gäste begrüßen zu können von den Bruderverbänden, insbesondere aber auch Gäste von den Organisationen der Kopfarbeiter. Der Kartellvertrag mit dem Werkmeisterverband hat praktisch bewiesen, daß wir weiter kommen, wenn die Hand- und Kopfarbeiter sich gegenseitig verstehen und gemeinsam Hand in Hand arbeiten. In diesem Sinne heiße ich alle herzlichst willkommen!“

Nach der Begrüßungsansprache widmete Kollege Simon dem vor einigen Tagen verstorbenen langjährigen Vorsitzenden des Verbandes der Schuhmacher, Kollegen Siebert, warme Worte der Anerkennung und des Gedenkens. Die Delegierten erhoben sich zu Ehren des Verstorbenen.

Zum Vorsitzenden des Kongresses wurde Verbandsvorsitzender Simon und Kollege Herrmann-Erfurt bestimmt. Es folgten hierauf Begrüßungsansprachen der Werkmeister- und Angestelltenverbände sowie des Vertreters der gewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale. Den ersten Punkt der Tagesordnung: Die Weltwirtschaftslage und die deutsche Volkswirtschaft behandelte in einem Referat Genosse Dr. Einstein-Stuttgart, worüber wir an anderer Stelle dieses Blattes ausführlich berichten.

Zum zweiten Punkt: Betriebswissenschaft in der Schuhindustrie referierte Betriebsrätesekretär Huth-Stuttgart. Seine Ausführungen gipfelten in folgendem:

Die fortschreitende Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft kommt nicht nur in der Kapitalskonzentration, sondern auch im Ausbau der inneren Verfassung der Betriebe zum Ausdruck. Auch darauf müssen sich die Betriebsräte einstellen. Die Betriebswissenschaft, die höchste Leistung mit der geringsten Arbeitskraft zu verbinden, macht Fortschritte. In der Fabrikorganisation wird alles bis aufs kleinste geregelt und übersichtlich gemacht. Die Arbeitsteilung wird auf das äußerste durchgeführt. Man kennt in Großbetrieben zur Herstellung eines Paares Stiefel schon 200 einzelne Teiloperationen. Wenn auch die technische Durchorganisierung in den Großbetrieben bis auf die Spitze getrieben ist, so ist die Industrie im gesamten doch noch sehr zurück. Die sparsamste Verwendung der Rohmaterialien läßt sich bei der Zersplitterung in zahlreiche Kleinbetriebe noch nicht erreichen. In der Spezialisierung auf bestimmte Artikel ist die Schuhindustrie noch weit zurück. Die Mehrzahl der Fabriken ist auf Schuhe aller Gattungen eingestellt, woraus sich im allgemeinen ein unrationelles Arbeiten ergibt. Die großen Fabriken ziehen daraus den Vorteil, weil sie ihre Gewinne auf die Kalkulationen der kleinen einstellen. Bei der Arbeiterschaft werden Zeitstudien gemacht in bezug auf ergiebigere Arbeitsweisen, aber mit der Ausbildung selbst sieht es noch trostlos aus. Berufsfremde Arbeiter werden an Maschinen gestellt und sich monatelang selbst überlassen, anstatt daß man für praktische Lernkräfte sorgt. Wie man bereits den Anfang gemacht hat, Lehrwerkstätten für Zuschneiderlehrlinge zu errichten, sollte dies auch auf die übrigen Abteilungen ausgedehnt werden. Eine einzige Lehrwerkstatt in jeder Industriemetropole für alle Sparten könnte viel leisten. Die Meinung, es könnte das Taylor-System in der Schuhindustrie nicht weiter eingeführt werden als es der Fall ist, ist irrig. Was jetzt vielfach als Taylor-System angesehen wird, ist nichts weiter als der Mißbrauch des Akkordsystems vom Arbeiter selbst. Wo der Akkord übertrieben in Anwendung kommt, bedeutet er nichts als ein Raubbausystem auf Kosten der körperlichen Gesundheit. Die sogenannten Akkordregulierungen, die sich immer wiederholten, waren meist nur Lohnreduzierungen. Die Vorliebe der Fabrikanten für die Akkordarbeit wird von diesen auch damit begründet, daß sie die beste Grundlage für die Selbstkostenberechnung sei. Deswegen braucht aber keineswegs ein Raubbau mit der Arbeitskraft stattzufinden. Die Akkordarbeit bekämpfen wir am besten nicht dadurch, daß wir von außen gegen das Akkordsystem anrennen, sondern an Ort und Stelle im Betriebe. Wenn wir ihr an Ort und Stelle den Mordstachel nehmen, kommen wir weiter. Das eigentliche Taylor-System hat raffiniertere Methoden als die Antreiberei durch Akkordarbeit. Durch Zeitstudien mit der Stoppuhr in der Hand soll jede Bewegung abgemessen werden. Manche Bewegung soll als unnütz ausgeschaltet und nur die als notwendig erkannten Handgriffe sollen beibehalten werden. Der Arbeiter sträubt sich gegen solche Methoden, weil man für die Versuche die qualifizierten Arbeiter herausgreift und die skizzierten Leistungen dann dem Durchschnittsarbeiter aufoktroieren will. Die wahren Verfechter des Taylor-Systems kennen noch brutalere Methoden: Arbeiter, deren Leistung nicht entspricht, werden entlassen, nur Vollarbeiter bleiben stehen. Das Taylor-System kennt eigentlich keinen Akkord, nur ein Arbeitspensum mit Prämiierung für Mehrleistung. Die Arbeit wird durchgehends mechanisiert, selbst auch die Denkerarbeit, durch mechanische Hilfsmittel. Nach Taylor fallen die bisherigen Meister fort. An deren Stelle treten andere: Zeitmeister, Werkzeugmeister, Verteilungsmeister, Transportmeister usw. Als Pensum wird eine gute Leistung gefordert, auf der anderen Seite aber auch empfohlen, die Leistung gut zu bezahlen. Diese sogenannte wissenschaftliche Betriebsführung beschäftigt lebhaft das Unternehmertum. Für die Arbeiter erwächst die Aufgabe, sich mit diesen Gedankengängen vertraut zu machen, denn sie haben alle Ursache, diese Dinge nicht einfach über sich ergehen zu lassen. Die Arbeiter müssen es sich zum Grundsatz machen, keine Neuerung in bezug auf Ausnutzung der Arbeitskraft zuzulassen, die nicht verbunden wird mit ausreichendem Gesundheitsschutz und Personenschutz.

Um die Produktivität der Schuhindustrie zu heben, wären noch viel einfachere Wege gangbar, als die der Antreiberei, z. B. mit der Verbesserung der technischen Einrichtungen in den Betrieben. Unter 1500 Schuhfabriken sind nur 22 ausgesprochene Großbetriebe, deren Arbeiterzahl 500 überschreitet, die anderen sind Klein- und Mittelbetriebe, die noch mehr oder weniger unrationell arbeiten. Vielleicht weisen manche Kleinbetriebe im Durchschnitt pro Kopf die gleiche Leistung auf; die Frage ist nur die, ob dies nicht durch Raubbau mit der Arbeitskraft bewirkt wird.

Der industrielle Umwälzungsprozeß weist den Betriebsräten weittragende Aufgaben zu. Sie müssen sich den Erfordernissen gewachsen zeigen. Aufgabe der Betriebsräte ist es, sich so in die Produktionsverhältnisse hineinzuarbeiten, daß sie dem Unternehmer nicht als Unwissende gegenüberzutreten brauchen. Ihre Position kann nur gewinnen, wenn Angestellte und Arbeiter zusammen Hand in Hand arbeiten. Das wird von gutem Erfolge für beide Teile sein. Arbeiten die Arbeiterräte und Angestelltenräte nicht nur gemeinsam an dem Ziele der Eroberung der politischen Macht, sondern auch an der Vertiefung ihres Wissens, dann werden sie der Verwirklichung ihres Ideals näher kommen. (Beifall.)

In der Diskussion bemerkte

Schüffler-Erfurt: Den Krankheitserscheinungen in den Betrieben und ihrer Bekämpfung muß erhöhte Aufmerksamkeit zugewendet werden. Die Verwendung einer bestimmten Sorte von Zement hat schon wiederholt Ohnmachtsanfälle unter den Arbeitern hervorgerufen. In Preußen hat man jetzt die Einrichtung der Landesgewerbeärzte, die in solchen Fällen zuzuziehen sind. Einzelne Mitglieder von Angestelltenräten sind leider wieder nach rechts in das deutschnationale Lager abgeschwenkt und es entsteht die Frage, ob es von Nutzen ist, in solchen Fällen noch mit diesen zusammenzuarbeiten.

Simon-Nürnberg: Die vielseitige Fabrikation der deutschen Fabriken ist unvorteilhaft, weil durch das viele Auswechseln von Maschinenteilen, je nach Art der Arbeit, Zeit verloren geht. In Amerika, wo weitgehendste Spezialisierung herrscht, arbeitet man vorteilhafter. Seit wir nach unserer Informationsreise feststellten, daß die amerikanische Massenfabrikation qualitativ weit unter der deutschen steht, sind die Hinweise auf die amerikanischen Rekordleistungen der dortigen Arbeiterschaft verstummt. Der deutschen Industrie hängt freilich noch manches davon an, daß sie sich vom Handwerk über die Manufaktur zum jetzigen Stande entwickelt hat. In Amerika konnten wir den großen Vorteil wahrnehmen, daß Ersatzmaschinen bereit standen, für den Fall, daß einmal an einer Maschine ein Defekt eintrat. Das Akkordsystem nennen manche ein veredeltes Arbeitsprinzip. Das ist es aber nicht, wenn damit Schindluder getrieben wird.

Weidner (Werkmeisterverband) bezweifelt, daß es viele Fabrikanten gibt, die einem Arbeiter auf so lange Zeit, wie vom Referenten geschildert, eine Maschine zur Ausbildung zur Verfügung stellen. Wir haben uns bemüht, mit den Arbeitern zusammenzuarbeiten und hoffen auch in Zukunft auf gegenseitiges Zusammenwirken.

Brühne-Frankfurt a. M.: Eine der wichtigsten Aufgaben der Betriebsräte ist es, Stockungen im Betriebe zu vermeiden. Der viel beobachtete Zustand, daß z. B. die Zuschneider auf Wochen, ja Monate aussetzen mußten, besteht hier nicht mehr. Amerikanische Zuschneider waren in früheren Jahren auch schon in Deutschland eingestellt. Ihre Leistungen konnten aber in qualitativer Hinsicht nicht befriedigen.

Daum-Dresden: Wo der Betriebsrat zur Ausübung seiner Tätigkeit nicht völlig freigestellt ist, muß wenigstens darauf gedrungen werden, daß er in Zeitlohn bezahlt wird. Die Betriebsräte begegnen in der Auslegung des Betriebsrätegesetzes auf der Gegenseite ungeheuren Spitzfindigkeiten. Den Betriebsräten in den mittleren Betrieben sollte man besonders mit Ratschlägen an die Hand gehen.

Roder (Angest.-Verb.): Die freigewerkschaftliche Angestelltenorganisation ist rasch von 20 000 auf 300 000 angewachsen. Diese Bewegung hat nicht die alte gewerkschaftliche Tradition. Es bestehen zudem noch zwei große Gegenorganisationen im nationalen Fahrwasser. Es ist also noch viel Erziehungsarbeit zu leisten. Sie können im Interesse beider Teile daran mitwirken, wenn Sie im Zusammenwirken mit den Angestellten auf die Psyche der Angestelltenschaft Rücksicht nehmen.

Beuthan-Weißenfels: Nach Eroberung der wirtschaftlichen Macht durch die Arbeiter wird die wissenschaftliche Betriebsführung eine Rolle spielen; heute hat den Nutzen davon das Unternehmertum. Daß in Weißenfels die Kurse gescheitert sind, liegt daran, weil auch in anderer Weise erst Ordnung zu schaffen ist. Das Referat, welches nur auf die technische Seite einging, hat das Betriebsrätegesetz nur nebenbei gestreift. Die Betriebsräte müssen sich neben der Erfüllung der Gegenwartsaufgaben als die Träger des gesamten Wirkens und Wollens der Arbeiter, als die Vorarbeiter eines neuen Wirtschaftssystems fühlen.

Keller-Dresden: In den kleinen Betrieben herrscht die größte Gefahr, daß die Gesundheit der Arbeiter untergraben wird. Großbetriebe können viel besser den hygienischen Ansprüchen genügen. Zur Förderung der Bildungsarbeit sollten örtliche Bildungsgemeinschaften gebildet werden. Die egoistischen Instinkte müssen mit der Erziehung zur Selbstzucht ausgemerzt werden.

Kuhn-Offenbach bringt einen Differenzfall zwischen Werkmeistern und Arbeitern zur Sprache.

Brühne-Offenbach: In unserem Bezirk hatten wir uns mit der Ueberstundenleistung und Sabotierung des Achtstundentages zu beschäftigen. Besonders auf dem Lande wohnende Kollegen, die eigenes Feld bebauen, vertraten die Ansicht, daß, um den Samstag ganz frei zu bekommen, die Arbeitszeit an den übrigen Wochentagen verlängert werden könnte. Das Verhalten verstößt gegen das Gesetz und schädigt die Allgemeinheit, weshalb hierzu klipp und klar Stellung zu nehmen ist.

Klaiber-Stuttgart: Die Akkordarbeit kann bei gutem Willen und im Einverständnis der Arbeiter so reguliert werden, daß ein erträgliches Verhältnis besteht. Wenn eine übermäßige Wühlerei nicht stattfindet, kommt es auch nicht vor, daß der eine Arbeiter vor dem anderen die beste Arbeit wegnimmt. Die Anhäufung von Arbeit in einzelnen Abteilungen, die dann zu Stockungen führt, kann vermieden werden, wenn die Kollegenschaft mithilft.

Peter (Werkmeisterverband der Schuhindustrie): Die Gemeinsamkeit zwischen Werkmeistern und Arbeitern ist ein Bedürfnis. Sehr viele Arbeiter aus den Reihen des Verbandes sind ja zu Werkmeistern befördert worden. Diese sollten auch ihre Herkunft nicht vergessen. Immerhin muß ich meine angegriffenen Kollegen in Schutz nehmen, denn der Meister steht zwischen Unternehmer und Arbeiter. Die meisten Meister haben sich ihr Wissen und Können aus sich selbst angeeignet, weil es an Ausbildungsmöglichkeiten fehlt. Die Errichtung einer Fachschule für Werkmeister würde keine großen Schwierigkeiten machen, wenn man die Maschinen, die sonst oft in die Ecke gestellt werden, zur Verfügung stellen würde.

Simon-Nürnberg: Das Abkommen mit dem Werkmeisterverband ist zu dem Zwecke zustandegekommen, auftauchende Konfliktsfälle zu bereinigen. Es kommen auch Klagen der Werkmeister gegenüber den Arbeitern vor, auch auf diese Fälle ist das Uebereinkommen zugeschnitten. Es wäre verkehrt, daraus, daß hier einige solcher Differenzen erwähnt werden, zu schließen, als ob zwischen den Werkmeistern und uns ernste, tiefgehende Differenzen beständen. Es besteht durchaus ein angenehmes Verhältnis; kleine Differenzen, die wir begreifen können, haben wir immer zu schlichten gewußt; krasse Fälle zählen zu den Einzelerscheinungen.

Huth-Stuttgart (Schlußwort): Auf das Betriebsrätegesetz näher einzugehen, lag nicht im Rahmen des behandelten Themas. Besondere Richtlinien für Kleinbetriebe erübrigen sich, weil der Betriebsrat sich nach den Verhältnissen jedes Betriebes einarbeiten muß. Die Idee, die Arbeitsausgabe auf jeden Tag zuzuschneiden, rentiert sich nicht, das Fassen größerer Posten in der Arbeit erweist sich als vorteilhafter. Die Festsetzung neuer Akkordsätze auf Grund von Zeitstudien ist abzulehnen; es ist eine Probezeit von etwa sechs Wochen erforderlich, wobei das Fehlende auf den Lohn daraufzuzahlen ist. Die Angestellten müssen unterstützt werden; wenn sie nicht mehr das Gefühl der Verlassenheit haben, werden sie sich auch den Arbeitern eher nähern. Wo kein Angestelltenrat besteht, hat nach dem Urteil maßgebender Sachverständiger der bestehende Betriebsrat auch die Entscheidung über Angestelltenfragen. Die Wühlerei, die bei der Akkordarbeit getrieben wird, ist von Uebel nicht nur für die Kollegen selbst, sondern auch für die Allgemeinheit. Wenn jemand sich findet, der zu gleicher Zeit zwei Glättmaschinen bedient, wie es vorgekommen ist, so ist das doch direkt als Raubbau mit der Arbeitskraft zu bezeichnen. In Großbetrieben muß der Vorsitzende des Betriebsrats unbedingt freigestellt sein, wenn er seinen Aufgaben richtig nachkommen will, aber auch in Kleinbetrieben muß es dem Betriebsrat möglich sein, den technischen und organisatorischen Gang des Betriebs richtig kennen zu lernen. Lernen und immer wieder lernen muß die Parole der Arbeiter und vor allem die der Betriebsräte sein. Wenn in Weißenfels eine Gruppe aus Parteipolitik glaubte, an den Kursen nicht teilnehmen zu sollen, dann ist es aber unverständlich, warum die Betriebsräte, die nicht zur gleichen Partei gehören, nicht teilgenommen haben. In Erfurt hat man derartige Bedenken nicht gekannt. Dort ist der Kursus mit 160 Teilnehmern unter

spannendstem Interesse zu Ende geführt worden. Wenn der Gedanke der Errichtung einer neuen Fachschule durch die Fabrikanten Wirklichkeit wird, dann werden die Arbeiter bald einsehen müssen, daß sie sich mit den Fragen der wissenschaftlichen Betriebsführung gründlich vertraut machen müssen, um ungerechte Zumutungen zurückweisen zu können. (Beifall.)

Folgende Entschließung wurde gegen zwei Stimmen angenommen:

„Die dem Zentralverband der Schuhmacher angehörenden Betriebsräte der Schuhindustrie, in Leipzig zur 2. Konferenz versammelt, verurteilen auf das allerentschiedenste die unverständliche Handlungsweise von Kolleginnen und Kollegen, die fortgesetzt, um den Samstag vollständig frei zu bekommen, an den gesetzlichen und tariflichen Bestimmungen rütteln und damit gegen die Einhaltung des errungenen Achtstundentages Sturm laufen.

Die Konferenz verlangt mit aller Entschiedenheit, daß sich jeder einzelne mit all seiner Kraft für die uns gegebenen Rechte und deren uneingeschränktes Fortbestehen einsetzt, denn es wäre eine grobe Pflichtverletzung und Disziplinlosigkeit ohnegleichen, wolle man jene Bestrebungen, die die gesamte Arbeiterschaft aufs schwerste schädigen müssen, unbeachtet vorübergehen lassen.

Die gesamten Betriebsräte verpflichten sich, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln aufklärend im Sinne der gesetzlichen und tariflichen Bestimmungen zu wirken, um die Durchführung derselben zu erzielen."

Den dritten Punkt der Tagesordnung bildete ein Referat von Dr. Engelbert Graf über „Arbeiterbildung und Betriebsrätebildung", auf welches an anderer Stelle ausführlich eingegangen werden soll.

Unter dem Punkt „Verschiedenes" kamen dann noch einige Fragen allgemeiner Natur zur Verhandlung. Der Verbandsvorsitzende Kollege Simon wandte sich zunächst gegen die wilden Streiks. Die Kollegen, die wilde Streiks provozieren, wissen gar nicht, wie sehr sie damit den Tarifvertragsgedanken schädigen. Vorbehaltlich der Zustimmung des letzten Verbandstages ist unser Reichslohntarif damals neu abgeschlossen worden. Der Verbandstag hat dann bekanntlich dem Tarifvertrag ausdrücklich die Zustimmung gegeben. Deshalb mußte erwartet werden, daß man im Lande unbedingt Disziplin gewahrt hätte. Aber wenn man da und dort plötzlich einmal die Arbeit hinwarf, da meinte man, wunder wie stark zu sein. Wenn es nicht gelungen wäre, die Folgen abzudämmen, dann würde das manchmal schwere Enttäuschungen gebracht haben. Daß bei der drückenden, fortschreitenden Teuerung die Löhne immer nur auf eine ungenügende Basis kamen, das wissen wir genau. Wenn wir aber Tarifpolitik treiben wollen, dann müssen wir uns an die Bedingungen halten, die uns die Tarifpolitik vorschreibt. Nur so bringen wir die Löhne im allgemeinen vorwärts.

Wer vielleicht schon bei den Verhandlungen mit zugegen war, weiß doch, wie die Dinge stehen. Unsere Position wird nicht verbessert, wenn uns immer wieder vorgeworfen wird, da und dort ist tarifwidrig ein Streik ausgebrochen. Es muß deshalb unbedingt auf Disziplin gehalten werden.

Langer-Breslau bemerkt, daß es auf Grund unserer tariflichen Bestimmungen möglich sei, je nach Qualifikation höhere Löhne als die Tarifmindestlöhne festzusetzen; das wurde auch hier auf dem Verhandlungswege erreicht. — Dehme-Zwönitz: Gruppenforderungen der nach Stundenlohn Bezahlten konnten nicht ausbleiben, weil sie mit dem Verdienst gegenüber den übrigen Arbeitern in Nachteil gekommen waren. Eine Ortsklasseneinteilung nach vier anstatt fünf Gruppen dürfte genügen, weil die Lebensverhältnisse nicht mehr die großen Unterschiede aufweisen. Die Werkzeuge Oerter und dergleichen sollten frei geliefert werden. — Meigelt-Breslau bemängelt, daß die politische Zersplitterung der Arbeiter zurzeit ein gedeihliches Vorwärtskommen erschwert. In der Frage der Entlassung der politischen Gefangenen müßten die Gewerkschaften ihren Einfluß ausüben. — Vogel-Nürnberg bedauert, daß die vorgeschrittene Zeit es verbiete, von den einzelnen Delegierten Ortsberichte entgegenzunehmen. Er geht in einigem auf Nürnberger Verhältnisse ein. — Stadmann-Berlin verweist auf einen Aufruf zur Unterstützung der Hungernden in Rußland, der jedem Delegierten zugestellt wurde und ersucht, die Hilfsaktion in gleicher Weise vorzunehmen, wie die Berliner Kollegenschaft. Kollege Simon bemerkt dazu, daß der Verbandsvorstand sich bereits mit den Wünschen befaßt und ihnen auch Rechnung getragen hat. Das internationale Sekretariat der Lederindustriearbeiter wird in einem Aufruf die angeschlossenen Verbände zur finanziellen Hilfeleistung für Rußland auffordern. Im übrigen müssen die Sammlungen von Geld, Lebensmitteln, Kleidern usw. fortgesetzt werden. — Klinger-Meerane brachte einige Wünsche betreffend Richtlinien für die Bildungsarbeit vor. — Rüge-Groitzsch ging des näheren auf die Neugestaltung des Tarifvertrages ein. Er forderte bessere Berücksichtigung der kleineren Orte und eine klarere Fassung einiger Tarifbestimmungen.

Damit war die Tagesordnung erschöpft.

Nach Dankesworten an die Referenten und Gäste für ihre Mitwirkung, an die Leipziger Kollegen für den freundlichen Empfang und an die Delegierten für ihre Aufmerksamkeit sprach unser Verbandsvorsitzender Kollege Simon die Hoffnung aus, daß die gepflogenen Verhandlungen im Lande eine gute Nachwirkung zeitigen möchten. Bildung und Wissen muß Allgemeingut der Kollegenschaft werden. Heute ist es den nach Bildung Strebenden viel leichter gemacht als früher. Man denke nur an die Zeit, in welcher die alten Genossen unter elender Bezahlung nach 10- bis zwölfstündiger Arbeitszeit ihr Bildungsbedürfnis befriedigen mußten. Wie sie sich bis nachts 12 oder 1 Uhr hinsetzten, lasen und studierten, um sich das Wissen anzueignen, welches sie befähigte, auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete den Kampf aufzunehmen. Um jedes einzelne Mitglied mußte gekämpft werden, bis eine stattliche Zahl vorhanden war, und doch ist es vorwärtsgegangen. Endlich, nach Jahren, sind die Massen zu uns gekommen. Damit wuchs aber das Bildungsbedürfnis erst recht. Die große Masse zu bilden, sie in wirklich sozialistischem Geist zu erziehen, das ist eine ungeheure Aufgabe. In diesem Punkte kann es keine Meinungsverschiedenheiten geben. In den Gewerkschaften haben wir die Einheitsfront, in dieser Bildungsarbeit gemeinsam vorzugehen. Sehen wir also davon ab, uns gegenseitig mißtrauisch anzusehen. Die Aufgabe ist zu groß, als daß wir es unternehmen sollten, uns bildlich oder buchstäblich die Köpfe einzuschlagen. Wir müssen endlich Freude, Lust und Liebe an der Arbeit finden; in diesem Sinne bitte ich Sie zu arbeiten, dann werden wir dem Ziele näher kommen, die Arbeiter aus geistiger und wirtschaftlicher Knechtung zu befreien. (Beifall.)

Mit diesen Ausführungen hatte der Kongreß am Samstag, den 18. Februar, gegen 5 Uhr, sein Ende erreicht.

Ein Programm für die gewerkschaftliche Jugendarbeit.

Laut Beschluß der Kasseler Jugendkonferenz vom August vorigen Jahres hatte eine fünfgliedrige Kommission gemeinsam mit den Referenten der Konferenz unter Berücksichtigung der zu den Referaten vorgelegten Leitsätze, ein Programm für die gewerkschaftliche Jugendarbeit auszuarbeiten.

Die Kommission war nun für 29. und 30. Dezember nach Berlin zusammenberufen zur Erledigung ihres Auftrages. Das Programm wurde entworfen und soll einer dem kommenden Gewerkschaftskongreß vorhergehenden Jugendkonferenz zur Beschlußfassung vorgelegt werden. Der Entwurf beginnt mit einer kurzen Einleitung über die Rolle der Jugendlichen im gegenwärtigen mechanisierten Arbeitsprozeß und betont die Notwendigkeit des Schutzes der Jugend gegen Ausbeutung, gegen körperliche und geistige Schädigungen sowie einer guten Berufsausbildung. Es folgen dann die Forderungen des Reichsausschusses der Arbeiter-Jugendorganisationen Deutschlands an die Gesetzgebung, Hinweise auf die Notwendigkeit der Mitwirkung der Gewerkschaften in Fragen der öffentlichen Jugendwohlfahrt, eine Skizzierung der Notwendigkeit vertiefter Berufsausbildung unter Hinweis auf unsere Erkenntnis, daß die kapitalistische Wirtschaft von einer nach sozialistischen Grundsätzen geleiteten Wirtschaft abgelöst werden wird, daß hierbei den Gewerkschaften eine wichtige Rolle zufalle und endlich die Betonung der Notwendigkeit, die Jugend im Sinne der sozialistischen Arbeiterbewegung heranzubilden, durch Beachtung aller Tätigkeitsgebiete unter besonderer Berücksichtigung des pädagogischen Grundsatzes, die Jugend zur Selbständigkeit zu erziehen, durch weitgehendste Heranziehung zu selbständiger Betätigung.

Im Schlußabsatz wird noch besonders darauf hingewiesen, daß die erwerbstätige Jugend die Bedeutung der Gewerkschaften erkennen muß, um mit ganzer Kraft an deren Ausbau mitarbeiten zu können, daß aber die erwachsenen Arbeiter und Angestellten den Jugendlichen auch als gleichwertigen Kämpfer betrachten müssen, daß der Geist der Kameradschaftlichkeit in den Gewerkschaften und Arbeitsstätten das Verhältnis zwischen Jung und Alt bestimmen müsse. Im Anschluß an das Programm wurde eine Mustersatzung für die Errichtung freigewerkschaftlicher Jugendkartelle ausgearbeitet.

Hoffen wir, daß nun tatkräftig an die Arbeit gegangen wird zur Gründung gewerkschaftlicher Jugendgruppen. Ueber deren Notwendigkeit dürften in Anbetracht der überaus schlimmen Lage der Jugend keine Meinungsverschiedenheiten bestehen.

Das Programm gibt die erforderlichen Richtlinien, die das praktische Arbeiten erleichtern werden. Es muß unser Bestreben sein, das Programm nun zur Tat werden zu lassen.

A. L.

Gewerkschaftliche Jugendkartelle.

Die erste gewerkschaftliche Jugendkonferenz am 19. und 20. August 1921 in Kassel beschäftigte sich unter anderem auch mit der organisatorischen Seite der gewerkschaftlichen Jugendarbeit. „Zur Erledigung gemeinsamer Aufgaben, die über den Rahmen der einzelnen Gewerkschaften hinausgehen, sind durch die Ortsausschüsse des ADGB. Jugendkommissionen (Jugendkartelle) zu bilden." Entsprechend dieser Ansicht, die in den Leitsätzen von Sassenbach zu dem Referat über das lokale und zentrale Zusammenarbeiten niedergelegt ist, wurde eine Kommission beauftragt, Mustersatzungen für die gewerkschaftlichen Jugendkartelle auszuarbeiten.

Der Entwurf liegt nun vor und lautet:

Mustersatzungen
für das freigewerkschaftliche Jugendkartell.

§ 1. Das Jugendkartell wird gebildet von den gewerkschaftlichen Arbeiter- und Angestelltenverbänden eines Ortes, die dem ADGB. oder dem AfA-Bund angeschlossen sind.

§ 2. Zweck des Jugendkartells ist die Durchführung der gewerkschaftlichen Jugendarbeit, wie sie durch das Jugendprogramm des ADGB. gefordert wird.

§ 3. Auf Vorschlag der Jugendgruppen in den einzelnen Gewerkschaften von den Ortsverwaltungen entsandte Vertreter bilden das Jugendkartell. Auch solche Verbände, die keine Jugendgruppen oder nur eine geringe Anzahl von jugendlichen Mitgliedern haben, sind zur Entsendung von mindestens einem Vertreter verpflichtet.

Die Vertreterzahl richtet sich nach der Zahl der in den einzelnen Gewerkschaften vorhandenen jugendlichen Mitglieder unter 18 Jahren. Die Ortsausschüsse des ADGB. und des AfA-Bundes sind durch je ein Mitglied vertreten.

§ 4. Die Vollversammlung des Jugendkartells wählt alljährlich aus ihrer Mitte einen geschäftsführenden Ausschuß, dem je ein Vertreter der Ortsausschüsse des ADGB. und des AfA-Bundes angehören müssen.

§ 5. In die Vollversammlung der Ortsausschüsse des ADGB. und des AfA-Bundes entsendet das Jugendkartell mindestens je einen Vertreter.

§ 6. Die Finanzierung des Jugendkartells übernehmen die Ortsausschüsse des ADGB. und des AfA-Bundes.

•

Die Kasseler Konferenz sah die Notwendigkeit der Bildung solcher Kartelle besonders in den Orten gegeben, wo die einzelnen Verbände infolge zu geringer Mitgliederzahlen nicht in der Lage sind, praktische Jugendarbeit zu leisten. Durch Zusammenfassung der jugendlichen Mitglieder aller freien Gewerkschaften eines Ortes wird es aber sicher überall möglich sein, den Bedürfnissen der Jugend nach Belehrung, Unterhaltung usw. Rechnung zu tragen. Aber auch in größeren Städten ist die Kartellbildung deshalb von Wert, weil durch sie die auf die Dauer einseitig wirkende Tätigkeit innerhalb einer Berufsgruppe eine wertvolle Bereicherung und Abwechslung erfahren wird.

Weiter kommt in Betracht, daß die vom Reichsausschuß der Arbeiter-Jugendorganisationen seinen angeschlossenen Verbänden empfohlene Zusammenarbeit in Ortsausschüssen voraussetzt, daß die gewerkschaftliche Jugend durch ein Kartell zusammengefaßt ist. Aus all diesen Gründen ist zu erwarten, daß der Wert solcher Kartelle überall erkannt wird und ihre Gründung erfolgt.

Die Mustersatzungen werden zur Diskussion gestellt, um auf der gewerkschaftlichen Jugendkonferenz, die zwei Tage vor dem nächsten Gewerkschaftskongreß stattfinden wird, endgültige Fassung zu erhalten.

Zum neuen Reichstarifvertrag.

Am 31. März dieses Jahres geht unser Reichstarifvertrag für die Schuhindustrie zu Ende. Es ist wohl angebracht, zur Frage der Erneuerung des Tarifes einige Bemerkungen zu machen. Anzustreben ist möglichste Klarheit in der Fassung, denn die Zahl der Differenzen wegen der Auslegung war nicht gering. Für die Arbeiterschaft in der Schuhindustrie kann nur ein Reichstarif in Frage kommen. Der Versuch der Fabrikanten, Bezirkstarife einzuführen, muß ohne weiteres zurückgewiesen werden. Die Verhältnisse im Schoßgewerbe beweisen es nur zu deutlich, wohin wir sonst kommen würden. Einige Hausschuhfabrikanten wollen einen Sondertarif, mit dem ausgesprochenen Zweck, um niedrigere Löhne festsetzen zu können. Die Arbeiterschaft dieser Branche wird sich dies nicht gefallen lassen. Die Fabrikanten können sich zusammensetzen und über Ein- und Verkaufsbedingungen beraten, das wird ihnen niemand verdenken, nur nicht, wie schon angeführt, einen niedrigeren Lohn einzuführen. Ueber die Auslegung des Paragraph 616 BGB. müssen bestimmte Vereinbarungen getroffen werden, was alles darunter zu verstehen ist; desgleichen über die Werkzeugentschädigung. Diese Streitfragen müssen aus den Tageskämpfen ausscheiden, dieselben gehören als besondere Bestimmungen in den Tarifvertrag. Zugleich wäre es dringend notwendig, eine gerechtere Ortsklasseneinteilung vorzunehmen. Die niedrigste Altersstufe muß alle Personen unter 16 Jahren umfassen. Gerade hier sind es die Fabrikanten, welche ein vorteilhaftes Geschäft machen. Werden doch Arbeitsleistungen verlangt wie von älteren Personen. Wird aber eine bessere Bezahlung verlangt, so wird gewöhnlich die Ausflucht gebraucht: „Wir bezahlen doch nach Tarif". Wie unangenehm es für einen Betriebsrat ist, wenn derselbe diesen jungen Leuten nicht helfen kann, das werden die Kollegen oft genug empfunden haben. Meiner Meinung nach (und diese Meinung dürfte allgemein sein, besonders unter den Frauen) wird die Gleichberechtigung der Frau im Akkordsystem durchbrochen. Auch hier müßte, wie bei den Männern, 20 Prozent Akkordzuschlag unbedingt gefordert werden. Die Unternehmer werden immer versuchen, einen größeren Profit durch Anwendung von Frauenarbeit herauszuholen. Deshalb muß eine Verbesserung der Frauenlöhne im allgemeinen verlangt werden. Der Versuch der Fabrikanten bei den letzten Lohnverhandlungen, die Arbeiter unter 21 Jahren niedriger zu entlohnen, fordert zum Widerstand heraus. Diese Leute wollen doch auch einmal einen Ehestand gründen — und was bedeutet das unter den jetzigen Verhältnissen? Es ist doch völlig ausgeschlossen, daß Eltern ihren Töchtern oder Söhnen Beihilfen oder Aussteuer gewähren können, weil der Vater oftmals selbst nicht so viel verdient, als zum Leben der Familie notwendig ist, an Rücklage von Spargroschen für das Alter gar nicht zu denken. Die Lage der Arbeiterschaft scheint dieses Jahr noch schlechter zu werden, als sie bisher schon ist. Ein Blick in die Verhältnisse beweist dies ohne weiteres. Die Arbeiterschaft kann und wird es sich nicht gefallen lassen, daß sie immer mehr der Verelendung preisgegeben wird, das sollten die Unternehmer bei ihrer Stellungnahme zum neuen Tarif beherzigen!

K. L.

Aus dem Jahresbericht der Zahlstelle Berlin.

Der Beschäftigungsgrad in der Berliner Schuhindustrie und des Handwerks war im Jahre 1921 ein guter. Die Fabrikanten stellten an die Arbeiterschaft des öfteren das Verlangen, Ueberstunden zu leisten, ein Ansinnen, welches die Kollegenschaft angesichts der noch immer herrschenden allgemeinen Arbeitslosenziffern in den meisten Fällen entschieden zurückwies. Die Kollegenschaft leistete nur in einigen Ausnahmefällen derartige Ueberstunden und verlangte von den Fabrikanten, sie sollen im Bedarfsfalle berufsfremde Kräfte anlernen, was dann auch in weitem Umfange geschah.

Durch die Verweigerung der Ueberstundenarbeit, mehr aber durch die fortschreitende Geldentwertung, verbunden mit einer weiteren Senkung des Reallohnes, welche eine Verbilligung deutscher Waren auf dem Weltmarkte zur Folge hatte (wodurch es den Schuhfabrikanten möglich war, ihre Waren nach dem Auslande umzusetzen), sank die Zahl der vorhandenen Arbeitslosen beim städtischen Arbeitsnachweis für die Schuhindustrie von 926 im Monat Januar auf 522 im Monat Dezember 1921. Im gleichen Maßstab der Geldentwertung stieg die Ausbeutungsmöglichkeit der Arbeiter durch die Fabrikanten und diese setzte sich in Profite der Unternehmer um, die dadurch immer größere Kapitalien anhäufen konnten, was zu ausgedehnten Betriebserweiterungen und Neugründungen führte.

Die Löhne der Kollegenschaft hielten nicht gleichen Schritt mit der Teuerung der Lebenshaltung, besonders die reichstariflichen Regelungen trugen der Teuerung nicht genügend Rechnung. Die Kollegen versuchten, einen teilweisen Ausgleich durch Stellung von Ausgleichsforderungen herbeizuführen. Dadurch entstanden eine Unmenge Differenzen mit den Unternehmern, die oft zur Arbeitsniederlegung führten, obwohl der Reichstarif diese grundsätzlich nicht zuläßt. Der Erfolg dieser Kleinaktionen konnte logischerweise kein durchschlagender sein. Auch im Handwerk, und ganz besonders im Kleinhandwerk, blieben die Lohnerhöhungen weit hinter der Verteuerung der Lebenshaltung zurück.

Streiks größeren Stils wurden überhaupt nicht geführt, alle Lohnforderungen wurden durch Verhandlungen geregelt und die Kämpfe am Verhandlungstisch ausgefochten.

Durch die wirtschaftlichen Verhältnisse begünstigt, konnten die Fabrikanten im verflossenen Jahre mehr und mehr an Stelle des Zeitlohnes, einer Errungenschaft der Revolution, den Akkordlohn einführen. Daß die Kollegenschaft dieser Umänderung nur geringem Widerstand entgegensetzen konnte, lag wohl daran, daß weite Kreise der Auffassung huldigten, auf dem Umwege über den Akkordlohn, wie es sich erforderlich machte, zu einem höheren Verdienst zu gelangen.

Einen breiten Raum nahm die Frage der Arbeitsordnung ein. Bereits im Jahre 1920 scheiterte die Einführung einer neuen Arbeitsordnung für die Betriebe an den widerstreitenden Interessen der Arbeiter und Unternehmer. Das gleiche Spiel wiederholte sich im verflossenen Jahre. Die Arbeiterschaft suchte in die Arbeitsordnung Bestimmungen hineinzubringen, die die Rechte der Arbeiterschaft erweitern sollten. Diesem Verlangen setzten die Fabrikanten den schärfsten Widerstand entgegen, weshalb es bei einer Firma zu einem dreiwöchigem Streik kam, der für die Kollegenschaft verloren sein mußte, da Forderungen von solch weittragender Bedeutung nicht von einer solch winzigen Zahl durchgesetzt werden können. Die Forderung des Mitbestimmungsrechtes der Arbeiterschaft in den Betrieben kann nur durchgesetzt werden, wenn die gesamte Arbeiterschaft auf den Plan tritt und sich gemeinsam dieses Recht erkämpft. Das sah die Kollegenschaft auch ein und in der Folge wurde die Arbeitsordnung durch den Schlichtungsausschuß Groß-Berlin festgelegt. Die Betriebsräte beschlossen, die vom Schlichtungsausschuß festgelegte Arbeitsordnung nicht anzuerkennen, obwohl sie rechtlich Gültigkeit hat.

Branchentarife wurden im Laufe des Jahres abgeschlossen für die Hausschuhstepperei, Hausschuhzwickerei, Hausschuhwenderei, Ballschuhmacher, Maßschuhmacher, Schäftemacher und für die Reparaturbranche. Im Handwerk konnte die Ferienfrage tariflich geregelt werden und zwar ist für die Maßbranche die Ferienzeit auf sieben Arbeitstage und in der Reparaturbranche auf vier Arbeitstage festgesetzt worden.

Die Zahl der Mitglieder stieg in erfreulichem Maße und zwar von 3432 auf 5218. Dies ist die höchste Zahl, welche die Zahlstelle Berlin bis jetzt aufzuweisen hat. Davon sind in der ersten Beitragsklasse 3080, in der zweiten 1105, in der dritten 825 und in der vierten 208 Mitglieder. Die Einnahmen und Ausgaben für Rechnung der Hauptkasse balancieren für 1921 mit 678 923.82 Mark, die der Lokalkasse mit 324 572.45 Mark. Der Bestand der Lokalkasse betrug am 31. Dezember 1921 107 648.81 Mark.

Aus den Zahlstellen und Bezirken.

Zuzug ist fernzuhalten

nach Kempten, Sonthofen, Lindau, Kaufbeuren und Memmingen wegen Lohnbewegung;

nach Koblenz wegen Ueberangebot von Arbeitskräften.

Zur Tarifbewegung im sächsischen Schuhmacherhandwerk.

Zwischen dem Sächsischen Schuhmacherinnungsverband und dem Zentralverband der Schuhmacher fanden am Sonntag, den 19. Februar in Döbeln Verhandlungen über die von der Gehilfenorganisation gestellten Lohnforderungen statt. An Stelle des bis Ende Februar geltenden Spitzenlohnes von 9 Mark pro Stunde wurde eine Erhöhung ab 1. März auf 12 Mark verlangt. Die Meister lehnten jede Lohnerhöhung ab und behaupteten, die Forderung sei gegen den Willen der Gehilfen von der Organisationsleitung aufgestellt, der bestehende Tarif müßte mindestens noch drei Monate unverändert bestehen bleiben.

Zu dieser Situation nahmen die Dresdener Gehilfen in einer Versammlung Stellung und wurde nach lebhafter Aussprache folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die am 21. Februar 1922 zahlreich versammelten Schuhmachergehilfen nehmen mit Entrüstung Kenntnis von dem schamlosen und unsozialen Verhalten der Arbeitgeber des Schuhmachergewerbes, welche alle Lohnforderungen glattweg ablehnen. Die Versammlung weist die Behauptung der Meister, daß die Gehilfen gar keine Lohnerhöhung wünschen und dies nur eine Mache der Organisationsvertreter sei, aufs entschiedenste zurück. Diese Behauptung ist ein demagogischer Kniff, um die Organisationsvertreter vor dem Schlichtungsausschuß nicht als die Beauftragten der Gehilfen erscheinen zu lassen. Demgegenüber fordern die Versammelten, die gestellten Forderungen ab 15. März auf 15 Mark zu erhöhen und beauftragen die Organisationsvertreter, für diese Forderung mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu wirken.

Lörrach. Den arbeitsuchenden Kollegen zur Kenntnis, daß in der Mechanischen Reparaturwerkstatt Gg. Schepperle zurzeit Differenzen bestehen wegen Bezahlung des Tarifs. Da Sch. durch Inserat in der Arbeitgeber-Fachzeitung Gehilfen sucht, sind hiermit die Kollegen vor Arbeitsannahme gewarnt. — Die reisenden Kollegen werden ferner ersucht, vor dem Umschauen am hiesigen Ort sich bei der hiesigen Ortsverwaltung nach den Verhältnissen zu erkundigen. — Zurzeit ist der Geschäftsgang ruhig, für zureisende Kollegen bestehen zurzeit keine weiteren Aussichten auf Beschäftigung. B.

Weimar. Vom hiesigen Orte liegen zwei Berichte vor; ein solcher über eine Jahresversammlung der Innung, in welcher 160 Mitglieder vereinigt sind, und ein Bericht über eine „nur schwach besuchte" Jahresversammlung der Schuhmachergehilfen. (!) In der Innungsversammlung wurde über die schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse geklagt, hauptsächlich hervorgerufen durch die sich immer wieder erneuernden Lohnforderungen der Gehilfen, die „diesmal einstimmig abgelehnt" wurden. Der schwache Besuch der Gehilfenversammlung zeigte wieder einmal, daß viele Mitglieder wohl ihre Rechte, nicht aber auch ihre Pflichten zu würdigen wissen. Die Versammlung nahm die Neuwahlen vor, wobei an Stelle des Kollegen Brose, der wegen sonstiger Arbeitsüberhäufung den Posten niederlegte, der Kollege Drese als 1. Bevollmächtigter gewählt wurde. Außer mit den übrigen Neuwahlen hatte die Versammlung sich noch mit der Umgruppierung der Bezirks- und Ortskommissionen zu befassen. Kollege Schellhase berichtete über die Verhandlungen der Lohnkommission mit den Meistern am 8. Januar, bei welchen die Meister die Mehrforderung von 1.60 Mark glatt abgelehnt haben. Es wurde beschlossen, nochmal den Versuch zu machen, ob bei neuen Verhandlungen etwas zu erreichen ist. Das Vorgehen der Geraer Kollegen im Falle Borkhardt wurde gerügt, da durch solche Fälle das gedeihliche Verhältnis mit den Meistern geschädigt werden könne. Zum Fall des Kollegen Lampe gegen Herrn Obermeister Richter beschloß die Versammlung sich mit allen Mitteln und Wegen dafür einzusetzen, daß dem Kollegen sein Recht wird. Die Versammlung betonte mit voller Einmütigkeit, daß wir unser Recht wahren müssen, als Mensch behandelt zu werden.

Die Zahlstelle Heilbronn im Jahre 1921.

Zu Beginn des Jahres 1921 war bei den Fabrikanten das Bestreben zu beobachten, recht vorsichtig und rückhaltend zu produzieren. Anfangs März setzte dann ein flotterer Geschäftsgang ein, der sich allmählich bis zur höchsten Blüte entwickelte. Der niedere Stand der Mark und nicht zuletzt die niedere Lebenshaltung der Arbeiterschaft ermöglichten es dem deutschen Unternehmer, Aufträge vom Ausland auszuführen. Die Betriebe erweiterten sich fast alle; es wurde dadurch auch die Leistung von vor dem Kriege durchweg erreicht und noch überschritten. Demzufolge waren auch die Arbeitskräfte (hauptsächlich Zuschneider und Maschinenarbeiter) sehr gesucht, allerdings immer nur „jüngere, kräftige"! Es scheint überhaupt, als ob man in der Schuhindustrie die Belegschaft so zusammenzusetzen wünscht, daß die Fabrikbetriebe immer das Aussehen wie Kinderschulen bekommen. Sehr empfindsam machte sich die rasend fortschreitende Teuerung bemerkbar, die jede Lohnerhöhung illusorisch macht. Wenig erfreulich ist ferner, daß es immer wieder Unternehmer gibt, denen nach jeder Lohnerhöhung mit Klage gedroht werden muß, weil sie mit allen Mitteln versuchen, den Tarif zu umgehen. So mußten die Tarifkommission, das Gewerbegericht und der Schlichtungsausschuß zu verschiedenen Malen angerufen werden, um den in Betracht kommenden Kollegen und Kolleginnen zu ihrem Recht zu verhelfen. Organisiert ist in den Betrieben alles restlos. Der Mitgliederstand ist von etwa 1200 auf 1500 am Schlusse des Jahres angewachsen. Verteilt sind die Mitglieder auf 17 Betriebe. Versammlungen und Sitzungen wurden insgesamt 74 abgehalten. Der Kassenbericht zeigt folgendes Bild: Einnahmen für die Hauptkasse 112 319.33 Mark, Ausgaben für die Hauptkasse 47 052.17 Mark; Einnahmen für die Lokalkasse 56 271.52 Mark, Ausgaben für die Lokalkasse 34 311.12 Mark; Vermögen der Lokalkasse 21 960.40 Mark. — Daß wir auch im neuen Jahre die Hände nicht in den Schoß legen dürfen, dafür gibt es genug Anzeichen. Deshalb heißt die Parole: kampfbereit sein nach der Devise: einer für alle, alle für einen!

Verbands-Nachrichten

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Wir machen unsere Mitglieder darauf aufmerksam, daß für die Woche vom 26. Februar bis 4. März der 9. Wochenbeitrag fällig ist.

Lieferung von Brieftaschen und Aktenmappen.

Wir haben noch eine Partie Brieftaschen und Aktenmappen auf Lager, die wir den Kollegen zur Anschaffung bestens empfehlen können. Wir werden dieselben, solange Vorrat reicht, zum Selbstkostenpreis an unsere Mitglieder abgeben und können empfehlen:

Doppelbrieftasche . . . . Stück 4.— Mk.
Aktenmappe zum Austragen der Fachblätter . . . . Stück 5.— Mk.
Neu eingetroffen sind Einkassiertaschen mit 4 Fächer und Schloß (Tresforstoff) zum Preise von 17.50 Mark.
Desgleichen sind neue Brieftaschen mit 4 Fächer und Schloß (Tresforstoff) zum Preise von 16.50 Mark erhältlich.

Genehmigung von Extrabeiträgen.

Vom Zentralvorstand wurden gemäß § 6 Abs 1 des Statuts folgende Extrabeiträge in der nachfolgend angegebenen Höhe genehmigt:

Zahlstelle:	Beginn	Wöchentl. Extrabeitrag in Pfennig				Gesamtbeitrag pro Woche in Mark			
		1. Kl.	2. Kl.	3. Kl.	4. Kl.	1. Kl.	2. Kl.	3. Kl.	4. Kl.
Böbl. Eindelfingen .	1. März	0.20	0.20	0.20	0.10	6.20	4.95	3.70	1.60
Düsseldorf	1. „	1.50	1.50	1.50	—	7.50	6.25	5.—	1.50
Gommern	1. „	0.50	0.50	0.50	0.50	6.50	5.25	4.—	2.—
Oschatz	1. „	0.50	0.50	0.50	0.50	6.50	5.25	4.—	2.—
Regensburg . .	1. „	0.25	0.25	0.25	0.25	6.25	5.—	[illegible].75	1.75
Wurzen	1. „	0.50	0.50	0.50	0.50	6.50	5.25	4.—	2.—
Zittau	1. „	0.50	0.50	0.50	0.50	6.50	5.25	4.—	2.—

Die Mitglieder genannter Zahlstellen machen wir darauf aufmerksam, daß die Nichtzahlung dieser Lokalbeiträge die Folgen des Paragraphen 8 Absatz a nach sich zieht.

Nürnberg, den 25. Februar 1922.

Der Vorstand.

Bezirk III (Hessen, Hessen-Nassau und Mittelrhein).

Sonntag, den 2. April 1922, vormittags 9 Uhr,

Bezirks-Konferenz

im Gewerkschaftshaus Offenbach a. M., Austraße 9.

Tagesordnung:

1. Bericht der Bezirksleitung.
2. Tarifvertragswesen: a) in der Industrie; b) im Handwerk.
3. Der Verbandstag in München.
4. Wahl des Bezirksleiters und des Mitgliedes zum Verbandsbeirat.

Die Wahlen der Delegierten sind nach den Bestimmungen des § 12 Abs. 8 des Statuts vorzunehmen.

Anträge müssen bis 26. März bei der Bezirksleitung eingereicht sein.

Mandat und Mitgliedsbuch ist mitzubringen.

Die Bezirksleitung: Karl Kuhn.

Bekanntmachungen der Ortsverwaltungen.

Sorau. (Adressenänderung.) 1. Bev. Karl Schulz, Wilhelmstraße 20; 2. Bev. Rich. Wilhelm, Auenstraße 14. Daselbst Unterstützungsauszahlung von 12 bis 1 Uhr und von 5 bis 6 Uhr.

Chemnitz. Die Generalversammlung vom 3. Januar hat einstimmig den Beschluß gefaßt, bei Sterbefällen den einmaligen Betrag in Höhe eines halben Wochenbeitrages als Unterstützungsgeld einzuheben. Diesem Beschluß gemäß kommt in der Woche vom 5. bis 12. März für das verstorbene Mitglied August Dlonhy der erste Betrag zur Einhebung. Der von jedem Mitglied zu leistende Beitrag beträgt 3 Mark.

Versammlungs-Kalender.

Mitgliederversammlungen im März (Nachtrag):

Kempten, Dienstag 21., abends 6 Uhr im „Bürgersaal".
Lindau, Montag 6., abends 8 Uhr, im „Kolosseum" in Reutin.
Weimar, Dienstag 14., abends 8 Uhr, im „Volkshaus".

Briefkasten.

R. S. Breslau. Zuschrift erhalten. Der Verbandstag steht vor der Türe und empfiehlt es sich wohl, statt dessen mit entsprechenden Anträgen an den Verbandstag direkt heranzutreten.

M. Landau. Bei der Redaktion ist ein Bericht von dort nicht eingegangen.

Ulm a. Donau. Von der Veröffentlichung eurer Resolution, betreffend Einreichung neuer Lohnforderungen wegen Anwachsens der Teuerung, kann wohl Abstand genommen werden. Neue Forderungen sind, wie ihr aus dem „Fachblatt" erfahren habt, bereits eingereicht.

Literarisches.

In der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3 sind folgende Schriften erschienen:

„Die Siedlungsgesetzgebung". (Einschließlich: Heimstättengesetz, Kleingarten- und Pachtschutzordnung.) Ein Kommentar mit geschichtlicher Einleitung von Dr. Eduard David, M. d. R.

Der führende Agrarpolitiker Eduard David zeigt in seiner Schrift „Die Siedlungsgesetzgebung", in welch' ungeheurem Umfang unproduktiver Großgrundbesitz durch gewaltsam-private und gesetzlich-staatliche Eingriffe in den bäuerlichen Besitz angewachsen ist, so daß die Grundlage für einen leistungsfähigen bäuerlichen Betrieb arg verkümmerte und die Ansiedlungsmöglichkeit auf dem platten Lande großen Volksmassen stark eingeschränkt wurde. Hier greift nun die Novemberrevolution ein und schafft ein Reichssiedlungsgesetz, ein Heimstättengesetz, eine Reichs-Kleingarten- und Kleinpachtlandordnung, eine Reichs- und Pachtschutzordnung usw. David erörtert eingehend den Inhalt dieser neuen Gesetze.

Das Görlitzer Programm. Erläutert von Friedrich Stampfer, 1922, Preis 3.— Mark.

Sozialistische Theorien und sozialdemokratische Programme. Volkstümliche Einführung in den Sozialismus von Paul Kampffmeyer. 1922. Preis 2.— Mark.

„Neue Bahnen der Kulturpolitik" von Konrad Haenisch. Preis 18.— Mark. Jeder Volksgenosse, der in der Frage des deutschen Wiederaufstiegs nicht zuletzt eine Erziehungsfrage sieht, wird aus diesem Werk Konrad Haenisch's stärkste Anregungen erhalten.

„Das notleidende Kapital" von Curt Heinig. Preis 2.50 Mark. Schon zum zweitenmale verbreitet die deutsche Industrie in ihren Betrieben, im besonderen bei den Vertrauensleuten und Betriebsräten der Arbeiter und bei den Angestellten eine Arbeit des Generaldirektors der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft, Geheimrat Deutsch, die in scheinbar ernsthaft wissenschaftlichem Gewande nachweist, daß das deutsche Kapital zunehmend Not leidet. Das erstemal ist diese Arbeit des Generaldirektors Deutsch in 150 000 Exemplaren verbreitet worden, diesmal will man es auf eine halbe Million bringen. Die Arbeit des Herrn Generaldirektors dient nebenher auch dem Zweck, dem Sozialisierungsgedanken Abbruch zu tun.

Heinig's Broschüre behandelt nun in von ihm ja bekannter Art kurz und bündig die Fragen der bekannten und der geheimen Gewinne der deutschen Großindustrie. Heinig weist die Unwahrheit der statistischen Unterlagen des Herrn Generaldirektors Deutsch nach und wartet selbst mit einer Fülle von wissenschaftlich einwandfreiem Material auf. Es handelt sich also um eine Abwehr- und Kampfbroschüre. Sie wird in der Agitation wertvollste Dienste leisten, im besonderen auch wird sie in Fabrik und Werkstatt nützliche Aufklärung bringen. Jeder Arbeiter, Angestellte und Beamte sollte diese Schrift lesen.

„Im Dienste der Entente", ein französischer Geheimbericht. Preis 1.50 Mark. Diese Schrift fußt auf dem Geheimbericht Nr. 7, den Conrad Haußmann bei der Deutschen Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte nach dem französischen Originaltext herausgegeben hat. Genosse Keil gibt diesen Bericht jetzt den großen Massen der organisierten Arbeiterschaft bekannt und versetzt damit den grundverlogenen Verbreitern der „Dolchstoßlegende" einen wirklichen Stoß ins Herz. Der Bericht stellt sich als ein Propagandamittel großen Stils gegen den machtlüsternen militärischen Klüngel der Hergt und Helfferich dar.

Der Unterricht im Geiste der Völkerversöhnung von Dr. Erich Witte. Verlag Neues Vaterland, E. Berger & Co., Berlin W 62. — Preis 5 Mk. Den Lehrern und Lehrerinnen, vor allem auch den Eltern und der Jugendbewegung zeigt dieses Wittesche Heft, wie man es anzufangen hätte, um die Jugend allmählich zur Gesinnung der Gemeinschaft, der gegenseitigen Hilfe, statt zu der des Konkurrenzkampfes jeder Art zu erziehen. Das Heft liefert Materialien, gibt einen Ueberblick über die Gebiete und Unterrichtsstoffe, in denen sich die neue Erziehung und der neue Unterricht besonders zu bewähren hätten, und es nennt Literatur für das tiefer eindringende Studium. Man sollte die hier dargebotene Hand freundlichst annehmen, man sollte sich mit dem Verfasser, dessen Ausführungen jeder gehässigen Schärfe entbehren, auseinandersetzen.

Urteilen Sie selbst!

Meine Werkzeuge stellen in Qualität seit über 25 Jahren das Beste dar, was in diesen Artikeln existiert.
Werkzeuge und Brenngeräte für feinste Maßarbeit.
Spezial-Werkzeuge für Ballschuharbeit.
Spezialität: **Echt schwedische Messer „Marke Haifisch"** in allen Fassons.
Verlangen Sie heute noch neueste Preisliste über sämtliche Artikel, gratis und franko.
E. Vögtle, Berlin N. 54
Lothringer Straße 83.

Liste Nr. 4. Die neue Versandliste Nr. 4 enthält neben ausführlichem Inhaltsverzeichnis von H. Frankes Fachschriften, Nachweis von Hilfswerkzeugen u. Utensilien zum Modellieren noch eine Erweiterung zur ev. Ausnützung des Portos über moderne Arbeitsmittel für Werkstatt und Handel. Gummiabsätze, Ecken u. Sohlen (echt Hamburger Fabrikat zu Konkurrenzpreisen) Schuh- u. Riesterkitt, Pulverkleber, Zelluloidkappensteife, Wachstinte zum Kaltauspatz, Schuhkrem, (f. a. Wachs- und Terpentinware), Schwärzepulver, Reparierstifte, Kork-Ausballmasse, Thüringer Schuhpech, Talkum usw. Verlangt Liste 4. Wer? Wie? Was? wird beigefügt.
H. Frankes Fachversand Artern in Thür. 17.

Zuschneider
für feine Ledersorten sowie
perfekte Einstecher u. Doppler gesucht.
Schuhfabr. Hassia, A.-G.
Offenbach a. Main.

Univ.-Kitt kittet alles!
garantiert haltbar und wasserfest
für Leder, Gummi, Holz, Pappe, Kork, Segeltuch, Zelloid, Stein, Glas.
Kilo Mk. 30.—. Probedose geg. Mk. 4.—.
Ludwig Thiele, Fabrikt., **Mannheim.**

Einfamilienhaus
mit Schuhmacherei in Eddelak (Dithm.) soll durch uns f. 60 000 Mark bei 45 000 Mark Auszahlung sofort verkauft werden.
H. E. Behrmann & Co., Hamburg
Bergstraße 35.

12 m Riemenleder
zu Sohlen abgepaßt
billig abzugeben. Offerten unter Nr. 222 befördert die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Wer? Wie? Was? verlangt und bezieht die gesamte Fachwelt des In- und Auslandes von H. Franke's Fachversand? Eine **interessante Zusammenstellung**, welche jeder Liste, jedem Paket und jeder Drucksache beigefügt wird, gibt Aufschluß. Man verlange die neue Versandliste über Fachschriften mit Inhaltsverzeichnis, Hilfswerkzeuge, Modellierutensilien und Wer? Wie? Was? von H. Franke's Fachversand, Artern 17.

Schuhmacherschürzen

in grün und blau in bekannt guter Qualität m. Kreuzband u. Ausschnittform das Stück für 45 Mark. **Mäntel** roh weiß für Zuschneider je nach Größe von 130 Mk. bis 150 Mark. **Blaue Arbeitsanzüge** aus prima Köper v. 200 bis 260 Mark in allen Größen vorrätig. Bei Bestellg. Brust- u. Halsweite angeb.
A. C. Volz, Stuttgart
Moltkestr. 77 — Telefon 2365.
Fabrikation von Berufsschürzen u. Mäntel.

Kernstückenabfälle
neue, v. Treibriemen, f. Halbsohlen, Flecke usw. Pfd. 15 Mk. Kernleder-Doppelsohlen, vom selben Leder, Herren 12 Mk., Damen 10 Mk. per Paar gegen Nachnahme offeriert
E. Schirmer, Erfurt.

Tüchtiger Durchnäher
welcher eventuell auch Holznagelmaschine mit versieht
sucht Stellung.
Anfragen unter H. 1005 an die Expedition d. Blattes.

Für einen jungen
Schuhmachergesellen
wird zum sofortigen Antritt eine
Arbeitsstelle gesucht.
Bedingung: Kost und Unterkunft im Hause des Meisters. Landst. wird bevorzugt. Landeserziehungsanstalt in Zeitz.

Geübter Zuschneider
sofort gesucht.
F. Klaus, Schuhfabrik,
Geringswalde i. Sa.

Unliebsam verspätet.

Unserm werten Kollegen **Georg Geißer** *und seiner lieben Braut zu ihrer am 27. Februar stattgefundenen Hochzeit die*

herzlichsten Glück- und Segenswünsche!

Die Kollegen der Zahlstelle **Schauenstein.**

Unliebsam verspätet!

Unserm Kollegen **Fritz Schöttler** *und seiner lieben Braut zu ihrer am 18. Febr. stattgefundenen Hochzeit die*

herzlichsten Gratulationen!

Mögen Sie beide recht lange in Glück und Einigkeit leben.

Die Kollegen und Kolleginnen der Zuschneiderei von der Firma **Emil Pinner, Berlin.**

Unserm Kollegen **Raimund Leitenmeier** *und seiner lieben Braut* **Lina** *zur grünen Hochzeit die*

besten Glückwünsche und alle zwei Jahre einen kräftigen Durchnäher!

Die Kollegen und Kolleginnen der **Schuhfabrik Wasserburg.**

Unserer lieben Kollegin **Ida Pfeffer** *zu ihrer grünen Hochzeit, die*

herzlichsten Glück- und Segenswünsche!

Die Kollegen und Kolleginnen der Zahlstelle **Sachsa.**

Unliebsam verspätet.

Unserem Kollegen **Ferdinand Schildhorn** *und seiner lieben Braut* **Elise Frank** *zu ihrer am 25. Februar 1922 stattgefundenen grünen Hochzeit*

Glück und Segen

immerdar und dieses Jahr noch ein Zwillingspaar.

Die Kollegen und Kolleginnen der Zahlstelle **Wiesloch.**

Am 22. Februar verstarb nach einer sich im Kriege zugezogenen Krankheit im Blütenalter von 23 Jahren unser treuer Kollege

Eduard Weinland.

Ein ehrendes Andenken werden wir ihm bewahren.

Die Kollegen und Kolleginnen der Zahlstelle Blieskastel, sowie alle Arbeiter der Firma Bork & Sohn, Schuhfabrik.

Möge ihm die Erde leicht sein!

Druck „Sozialdemokrat" G. m. b. H. Nürnberg. Verlag: Zentralverband der Schuhmacher Deutschlands (J. Simon) Nürnberg, Eisenwerkstraße 1.